Auf dem Podium mit Gert Schoppa, Präsident des Landesverbands der Gartenfreunde; Sebastian Czaja (FDP), Kai Wegner (CDU), Franziska Giffey (SPD), Dr. Klaus Lederer (Die Linke) und Benedikt Lux (Die Grünen) (v.l.n.r.)

Fotos: Verlag W. Wächter

Politiker sind sich einig: Kleingärten müssen gesichert werden

Landesverband lädt vor der Berlin-Wahl die Spitzenkandidaten aller demokratischen Parteien im Abgeordnetenhaus zur Podiumsdiskussion

Drei Wochen vor der erneuten Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen hat der Landesverband Berlin der Gartenfreunde am 21. Januar eine Podiumsdiskussion über die Zukunft der Kleingärten in der Hauptstadt veranstaltet. Der Einladung folgten Sebastian Czaja (FDP), Franziska Giffey (SPD), Dr. Klaus Lederer (Die Linke) sowie Kai Wegner (CDU) als Spitzenkandidaten der demokratischen Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus. Für die wegen einer anderen Veranstaltung verhinderte Bettina Jarasch nahm Benedikt Lux, umweltpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, auf dem Podium Platz.

„Stadt-Grün statt Beton!" – an der Botschaft, die die Berliner Kleingärtnerinnen und Kleingärtner an diesem Tag der Politik vermitteln wollten, kam keiner der mehr als 150 geladenen Gäste des Wahlforums vorbei: Bereits vor dem Veranstaltungsgebäude, dem Verbandshaus des Bezirksverbands Charlottenburg, erwarteten Gartenfreunde der KGA Am Stadtpark I mit Transparenten und Spruchbändern insbesondere die Vertreter der Landespolitik, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen: Teile der Anlage in Wilmersdorf sollen dem Bau von Studentenwohnungen weichen.

Dass sie das nicht hinnehmen wollen, machten sie auch der Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey klar. Die hatte eine gute Botschaft aus der SPD-Fraktionsklausur am Wochenende zuvor im Gepäck: Gemeinsam mit Parlamentariern von Grünen und Linken wollen sie noch vor der Wahl am 12. Februar den Auftrag für ein wissenschaftliches Gutachten auf den Weg bringen, um das lange geforderte Kleingartenflächensicherungsgesetz in der nächsten Legislatur endlich erarbeiten und verabschieden zu können. Bevor sie ins Tagungsgebäude verschwand, versprach Franziska Giffey, den Vorgang im Senat erneut auf Alternativen zum drohenden Abriss von Kleingärten auf diesem Gelände zu prüfen.

Erstmals im Schulterschluss

Als Gastgeber begrüßte Gert Schoppa, Präsident des Landesverbands Berlin der Gartenfreunde, die Podiumsteilnehmer. Zu denen,

Kleingärtnerinnen und Kleingärtner aus ganz Berlin verfolgen die Diskussion und nutzen die Gelegenheit, sich selbst zu Wort zu melden.

Stimmen nach dem Wahl

Umfrage: Alexandra Immerz

„Nun gilt es, das Gesagte mit Leben zu füllen. Das heißt, wir möchten ganz schnell Ergebnisse sehen bei der Sicherung der Kleingartenflächen – mein Blick richtet sich da speziell auf Späthsfelde."

Ramona Schneider, Vorsitzende BV Treptow

die im Saal Platz genommen hatten, gehörten neben Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern aus den im Landesverband organisierten Bezirksverbänden auch Gartenfreunde der Bahn-Landwirtschaft im Bezirk Berlin und des Bezirksverbands der Kleingärtner Berlin-Prenzlauer Berg. Die drei Organisationen traten erstmals gemeinsam als Veranstalter auf und bekundeten so ihren Schulterschluss. Vom großen Interesse der Stadtgesellschaft an den Positionen der Politik zum Erhalt der Kleingärten in Berlin kündete auch die Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern von zum Teil bundesweit agierenden Naturschutzorganisationen.

Meinhard Klemm von der Bahn-Landwirtschaft machte eingangs darauf aufmerksam, dass die Zahl von 70.000 Kleingärten in der Stadt nicht auch nur annähernd die Zahl der Menschen repräsentiert, die von den positiven Effekten dieser Grünflächen profitieren. „Auch Familienangehörige, Freunde und unzählige Anwohner unserer Anlagen stehen hinter uns, wir haben eine enorme Reichweite“, unterstrich er die hohe politische Relevanz von Entscheidungen zur weiteren Zukunft der Kleingärten in der wachsenden Stadt.

SPD bekennt sich klar

Dann erteilte Moderator Ulli Zelle nacheinander den Spitzendkandidatinnen und -kandidaten auf dem Podium das Wort. Die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey betonte die große Bedeutung der Kleingärten als wichtige Orte sowohl für den sozialen Zusammenhalt und Frieden als auch für die Bildung. Aus diesem Grund werde sich die Berliner SPD für ein Kleingartenflächensicherungsgesetz stark machen. Dass es noch immer nicht auf den Weg gebracht ist, läge allein in der Verantwortung der grün geführten Senatsumweltverwaltung. „Also, vonseiten der SPD ein klares Bekenntnis für die Kleingärten der Stadt und für all jene, die sich engagieren, und dafür, dass wir das Grün und das Gärtnern auch als wichtigen Teil unserer Stadt sehen“, fasste Giffey zusammen.

Michael Jubelt lädt die Podiumsgäste in die Kleingärten des BV Süden ein: „Die Forderungen der Politik werden bei uns größtenteils längst umgesetzt!“

Linke seit Jahren aktiv

Auch Klaus Lederer betonte die Entschlossenheit seiner Partei, die Kleingartensicherung in Berlin gesetzlich festzuschreiben. Die wenigen noch offenen Rechtsfragen seien zu klären, wenn man will. Und das müsse geschehen. Lederer verwies auf die erfolgreiche Zusammenarbeit einzelner Abgeordneten aus der Linken-Fraktion mit mehreren Bezirksverbänden und dem Landesverband der Gartenfreunde bei der Nutzung weiterer politischer Instrumente zur Kleingartensicherung wie dem 2020 beschlossenen Kleingartenentwicklungsplan (KEP), oder der Erstellung von B-Plänen. „Wir sind eine wachsende Stadt mit Flächenkonkurrenzen“, räumte er ein. „Aber ehe man darüber auch nur nachdenkt, ob man auf Kleigartenflächen zugreift, müssen andere Möglichkeiten geprüft werden.“ Wo Bürgerbeteiligung und Partizipation passiere, gebe es auch vernünftige Lösungen, „die zumindest darauf hinauslaufen, Kleingärten an anderer Stelle neu und vielleicht noch stabiler zu sichern.“

Grüne loben Klimafunktion

Die Bedeutung der Kleingärten im Klimawandel stand im Fokus der Erklärung von Benedikt Lux. Ihr Flächenanteil in der Stadt liegt bei 3 %, die von ihr ausgehende Klima- und Kaltluftfunktion betrage aber 9 %. Darüber hinaus trage jeder einzelne Kleingärtner, der in der Stadt Erholung findet und dafür nicht weit rausfahren muss, aktiv zum Klimaschutz bei. Das Angebot weit übersteigende Bewerberzahlen seien ein Beleg für die Attraktivität von Kleingartenanlagen. „Darum unterstützen wir Grüne selbstverständlich die Kleingärten“, sagte Lux und verwies darauf, dass es in der vergangenen Wahlperiode gelungen sei, die Sicherung von 83 % der landeseigenen Kleingartenflächen im KEP festzuschreiben und weiteren 9 % eine

forum

„Ich freue mich, dass wir heute zeigen konnten, wie sich die Kleingärten verändert haben. Sie haben sich zu einem Teil der Stadt entwickelt. Jetzt muss die Politik unsere Sicherheit wirklich festschreiben. Wir sind so nahe dran wie noch nie.“

Robert Ide, Vorsitzender KGA Bornholm I

„Das Interesse an der Erhaltung der Kleingärten ist da bei den Politikern. Nun muss man schauen, ob sie es durchsetzen, wie sie es versprochen haben.“

Waltraud Haensel, Schriftführerin BV Hohenschönhausen

„Positiv fand ich, dass sich alle Fraktionen zu den Kleingärten bekannt haben. In manchen Punkten waren sich sogar Herr Lux von den Grünen und Herr Wegner von der CDU einig. Wenn sie jetzt noch Taten folgen lassen, wäre das noch besser.“

Michael Jubelt, Vorsitzender BV Süden

Gartenfreunde der KGA Am Stadtpark I wollen das drohende Aus ihrer Kleingärten nicht hinnehmen.

Fotos: Verlag W. Wächter

Schutzfrist bis 2030 zu garantieren. Nun sei, auch mit Unterstützung seiner Partei, zu prüfen, ob die dauerhafte Sicherung durch ein „juristisch sauberes und unanfechtbares" Gesetz möglich sei. Darüber hinaus werde angestrebt, weitere bestehende Kleingartenflächen durch Ankauf in Landeseigentum zu überführen.

CDU wagt schnellen Vorstoß

„In einer wachsenden Metropole brauchen wir die grünen Oasen, die Sie als Kleingärtner zu bieten haben. Und deshalb verdienen Sie endlich die Sicherheit, die Sie benötigen", versicherte Kai Wegner die Zuhörer der Sympathie seiner Partei. In dieser Frage sei seit der letzten gemeinsamen Wahlkampfrunde im Sommer 2021 nichts passiert. „Darum biete ich Ihnen heute hier an, noch vor der Wahl einen gemeinsamen Antrag mehrerer Fraktionen im Abgeordnetenhaus zu verabschieden, damit die Kleingärten langfristige Bestandssicherheit erhalten und Sie planen können."

FDP fordert Flächenkataster

Sebastian Czaja erneuerte die Forderung seiner Partei nach der Erstellung eines Aufmaßes für die Hauptstadt. „Solange wir die Flächenpotenziale nicht kennen und nutzen, ist jede Diskussion über auch nur eine Kleingartenparzelle absurd." Zugleich lobte Czaja das Engagement der Gartenfreunde im Kampf um den Erhalt ihrer Flächen. „Sie haben es geschafft, die Fraktionen, die teils sehr skeptisch waren, einzubeziehen. Sie haben den umfangreichen Dialog gesucht und gute inhaltliche Arbeit geleistet. Sie haben sich und Ihre Kleingärten geöffnet und damit gezeigt, dass Sie Teil des Ganzen sind."

Die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey verspricht, die Pläne für die Bebauung an der Prinzregentenstraße noch einmal mit in den Senat zu nehmen.

Viele Wünsche an die Politik

Die Erwartungen und Wünsche der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner an die Berliner Politik formulierte Robert Ide, Vorsitzender der KGA Bornholm I in Prenzlauer Berg. Auch er stellte die soziale und ökologische Bedeutung der Kleingärten heraus und verwies auf den hohen Innovations- und Veränderungswillen in den Vereinen und die Bereitschaft der Gartenfreunde zur Öffnung. „Formulieren Sie doch Ihre Erwartungen in das neue Gesetz", schlug er den Podiumsgästen vor: „Jede Anlage, die dauerhaften Schutz haben möchte, muss garantieren, dass sie ganzjährig geöffnet ist und es Gemeinschaftsflächen zur Nutzung für alle gibt. Die meisten machen das ja sowieso schon!"

In der anschließenden Diskussion hatte das Publikum Gelegenheit, auf Probleme aufmerksam zu machen und Fragen zu stellen. So bekräftige Dr. Gabriele Gutzmann, Vorsitzende der KGA Am Stadtpark I, den Anspruch der Gartenfreunde, in die Planung ihres Grundstücks einbezogen zu werden und forderte die Politik auf, das drohende Aus für

„Wir rufen nächste Woche Kai Wegner an und fragen ihn, ob er jetzt durchgesetzt hat im Berliner Abgeordnetenhaus, was er heute versprochen hat: vor dem 12. Februar das Sicherungsgesetz auf den Weg bringen."

Wolfgang Beyer, Vorsitzender Bezirksverband Lichtenberg

„Alle haben sich zu den Kleingärten bekannt. Aber das kennen wir ja schon. Und deswegen erwarte ich jetzt Taten. Dass wirklich das zur Sicherung der Kleingärten umgesetzt wird, was angekündigt wurde. Sei es das Sicherungsgesetz oder eine Stiftung."

Evelyn Ahne, Vorsitzende KGA Heimaterde

„Täglich grüßt das Murmeltier. Es waren die gleichen Inhalte wie vor anderthalb Jahren in den Bornholmer Gärten. Aber: Die Politiker wirken bemühter. Es wäre schön, wenn nach Worten nun weitere Taten folgen. Speziell für die Anlagen, die nur bis 2030 gesichert sind. Für Berlin!"

Kai Pchalek, Schreberjugend Berlin

30 % der Kleingartenflächen im Bezirksverband Wilmersdorf nach 2030 zu verhindern.

Auf die Frage von Peter Standfuß aus der KGA Am Buschkrug nach der künftigen Rolle der Kleingärtner in der Stadtgesellschaft bezeichnete es Klaus Lederer als unerlässlich, die Öffnung der Kleingartenanlagen weiter voranzutreiben. Es stärke die Legitimation der Anlagen und berge viele Chancen für die Vereine, wenn Vereinshäuser geöffnet, Gemeinschaftsflächen zur Verfügung gestellt, Bildungsangebote unterbreitet oder zu öffentlichen Veranstaltungen eingeladen wird.

Integration statt Verdrängung

Marcel Fölski aus der KGA Alt Karow berichtete, dass seine Anlage der Verkehrsanbindung für ein neu entstehendes Wohngebiet und der Errichtung sozialer Infrastruktur weichen soll und kritisierte, dass der Verein an der Planung nicht beteiligt wurde. Die meisten der derzeit 51 Gärten sollten für den Wohnungsbau in Anspruch genommen werden. „Warum können unsere Gärten in das Wohngebiet im Sinne einer grünen Stadt nicht integriert werden statt uns rauszudrängen?“, fragte er.

Ein Ende der permanenten Verlängerung der Schutzfristen für bedrohte Anlagen um jeweils 10 Jahre forderte Dr. Norbert Franke, Vizepräsident des Landesverbandes. Kai Wegner, dessen Partei lange mit in der Regierungsverantwortung war, stimmte dem zu: „Es war in der Vergangenheit falsch, was wir gemeinsam gemacht haben und wäre auch in der Zukunft falsch, wenn wir nicht endlich dafür sorgen, eine langfristige Perspektive zu schaffen.“ Er erneuerte das Angebot, noch vor der Wahl am 12. Februar im Abgeordnetenhaus ein gemeinsames Sicherungsgesetz zu beschließen.

Einhelliges Ja zur Sicherung

In ihren Abschlussplädoyers bekannten sich alle Vertreterinnen und Vertreter der eingeladenen Parteien noch einmal zu den Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern der Hauptstadt. Franziska Giffey verwies auf den entschiedenen Willen ihrer Partei zur baldigen Verabschiedung des Kleingartensicherungsgesetzes und bestärkte die Berliner Gartenfreunde, an ihrem Engagement festzuhalten. Benedikt Lux versicherte, dass sich die Berliner Grünen für die gesetzliche Kleingartensicherung einsetzen werden, räumte aber ein, dass auch dieses Gesetz Möglichkeiten enthalten werde, bei Vorliegen eines überragenden öffentlichen Interesses bestimmte Kleingärten zu bebauen. „Aber wenn das transparent ist, wenn es Ausgleichflächen gibt und wenn klargemacht werden kann, dass das die letzte Möglichkeit ist, dann darf das auch möglich sein“, so Lux.

Kai Wegner stellte noch einmal die Leistungen der Berliner Kleingärtner bei der Wahrnehmung ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung heraus: „Sie brauchen gar nicht so viele unserer Ratschläge, Sie machen das alles. Darum brauchen Sie nicht mehr Vorschriften, sondern Verlässlichkeit und das Wissen, dass ihre Kolonie noch in 10 oder 15 Jahren da ist. Dafür müssen wir jetzt gemeinsam sorgen.“

Klaus Lederer erinnerte daran, dass seine Partei schon immer die Kleingartensicherung betrieben und sich für ein entsprechendes Gesetz eingesetzt habe. Das werde man auch weiterhin tun, auch wenn eine Verabschiedung vor der Wahl kaum möglich sei. Er ermunterte die Gartenfreunde, in ihrem eigenen Interesse „mit Ihren Pfunden noch stärker zu wuchern und Ihre Angebote auszubauen. Denn es ist gut für die Stadt und es ist gut für Sie als Kleingärtner.“

Sebastian Czaja fasste seine Erkenntnisse aus den vergangenen zwei Stunden so zusammen: „Bei den Kleingärtnern läuft’s offenbar, in der Politik läuft’s noch nicht.“ Darum sei es wichtig, dass das, was parlamentarisch auf dem Tisch liegt, jetzt auch umgesetzt wird. „Das Beste ist doch, dass alle hier oben eine klare Zusage gegeben haben, sich den Fragen jetzt mal nicht mehr nur zu stellen, sondern auch zu handeln. Legen wir einfach los!“

„Wer Kleingärtner quält...“

Moderator Ulli Zelle, der bei der gesamten Veranstaltung nur wenig ausgleichend hatte agieren müssen, setzte zum Abschluss diesem Appell an die Politik noch eins drauf: „Denken Sie daran: Eine viertel Million Menschen in Berlin haben einen direkten oder indirekten Bezug zu Kleingärten. Das bedeutet Wählermasse.“ Und er erinnerte an einen Slogan, mit dem West-Berliner Kleingärtner in den 1980er-Jahren den Wahlkampf in ihrer Stadt begleitet und beeinflusst hatten: „Wer Kleingärtner quält, wird abgewählt!“

Elke Binas

„Ob in Wilmersdorf, Karow oder Späthsfelde, viele Kleingärtnerinnen und Kleingärtner bangen um ihre grünen Oasen. Die Spitzenkandidaten haben heute mantrahaft davon gesprochen, dass sie bei einem Verlust des Kleingartens für Ersatz sorgen würden. Wir müssen aber alle Grünflächen erhalten. Man darf Kleingärten und die übrige Stadtnatur nicht gegeneinander ausspielen.“

Dr. Melanie von Orlow (l.), Geschäftsleitung NABU Berlin und Andrea Gerbode (r.), Vorsitzende Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz

„Ich könnte bei der Wahl fünf Kreuze machen. Jetzt muss ich nur noch überlegen, wohin ich sie setze. Eigentlich ziehen alle an einem Strang. Aber sie haben im Moment noch nicht den Mut, die Beschlüsse zu fassen, die notwendig sind.“

Andreas Alex, Vorsitzender des Bezirksverbands Schöneberg-Friedenau

„Die Veranstaltung war aufschlussreich: Wir sind genauso schlau wie vorher. Alle wollen, aber keiner macht.“

Holger Thymian, Vorsitzender BV Weißensee